

Überbeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Überbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Pettseite oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 239.

Dienstag, den 12. Oktober 1920.

27. Jahrg.

Preisabbau ist möglich!

Unternehmerkreise haben der Forderung der Arbeiterschaft, mit dem Abbau der Preise zu beginnen, die Forderung entgegengesetzt: „Erst Abbau der Löhne“. Die hohen Löhne sollen die Hauptursache der hohen Warenpreise sein. Der vom wirtschaftspolitischen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats herausgegebene Bericht über die Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge enthält aber ein außerordentlich wertvolles Material, durch das klipp und klar bewiesen wird, daß nicht die hohen Löhne, sondern die hohen Unternehmerrgewinne schuld an der Teuerung sind; wir geben es auszugsweise hier wieder:

Schuh- und Lederindustrie

Ist das Verhältnis folgendes: Während Großviehhäute Klasse I pro Kilogramm im November 1919 noch 36 Mk. kosteten, stieg der Preis im März 1920 auf 76 Mk., um im Juli wieder auf 16 Mk. bis 24 Mk. zu fallen.

Eine ähnliche Preisentwicklung haben auch die übrigen in Betracht kommenden Häute genommen und die Preise der Lederarten sind ihnen gefolgt. Die Erzeugerpreise für ein Paar Herrenstiefel, schwarz Kind-Bohle, durchgenähte Bodenauflage, wurde im März 1920 mit 300,50 Mk. berechnet, wovon 13,50 Mark auf Lohn- und Meistergehälter entfallen. Im Juli 1920 stellten sich die Kosten auf 156,10, wobei 20 Mk. auf Lohn- und Meistergehälter anzusehen waren. Bei Herrenschuhschneidern, schwarz Bohleleder, rahmengenägte Bodenauflage, waren die Kosten 426,30 bzw. 212,65 Mk. In bezug auf diese Berechnungen ist ein wesentlicher Unterschied zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht festzustellen gewesen.

Textilindustrie

Ähnlich wie in der Schuhindustrie hat, zum Teil im Anschluß an die Valutabewegungen, ein überaus scharfer Preiswechsel in den Rohstoffen stattgefunden. Wolle kostete bei Aufhebung der Zwangsirtschaft Ende August 1919 50 bis 60 Mk., März 1920 850 Mk. pro Kilogramm. Baumwolle im April 1920 112 Mk., Juli 1920 40 Mk. Während in der Zeit der hohen Rohstoffpreise noch erhebliche Mengen von Fertigfabrikaten, die mit geringen Einstandspreisen belastet waren, zu vorzähligen Preisen abgesetzt werden konnten, handelt es sich jetzt darum, die riesigen Verluste zu tragen, welche daraus entstehen, daß die mit sehr hohen Materialpreisen angefertigten Waren nur nach Maßgabe der während der Fabrikation stark gesunkenen Rohstoffpreise verkauft werden sollen. Welche Risiken dabei aufreten, geht aus der Tatsache hervor, daß zwischen Einkauf des Rohstoffes und dem Absatz der aus ihm gefertigten Waren einige Monate verstreichen; eine mittlere Baumwollspinnerei von 50 000 Spindeln braucht aber 100 000 Kilogramm im Monat, bedurfte also in der Zeit der höchsten Preise allein für die Bezahlung des Rohstoffes (Kredit wird von Amerika nicht gewährt) über 11 Millionen Mark, jetzt 4 Millionen Mark. — Die durch den Handel bewirkten Aufschläge auf die Erzeugerpreise werden von Arbeitern als sehr hoch bezeichnet. Für Stoffe, die in der Fabrik mit 35 bis 45 Mk. kalkuliert worden sind, hätten die Ladengeschäfte 200 bis 250 Mk. pro Meter gefordert. Hier seien Preisentwürfe möglich. Dagegen kommt der Lohnkosten keine entscheidende Bedeutung zu. Bei Kattunen, die der Kleinhandel mit 25 Mark pro Meter verkauft, beträgt der Arbeiterlohn 45 Pfg., der Spinnlohn noch weniger. . . Den von Arbeitern vorgeführten Tatsachen über die Stilllegung und Maschinenverkäufe in der Textilindustrie wird entgegengehalten, daß dies Vorgehen nur eine relativ geringe Bedeutung habe, daß aber die deutsche Textilindustrie außerstande sei, die ganze bisher in ihr tätig gewesene Arbeiterschaft in Zukunft zu beschäftigen.

Ziegeleien und Kalksandsteinfabriken

Vor dem Kriege rechnete man mit 18 000 Betrieben; jetzt bestehen noch 15 000, von denen nur noch 2 000 beschäftigt sind. Auch diese stehen vor der Notwendigkeit, weitere Einschränkungen oder Schließungen vorzunehmen, obwohl ein großer Bedarf an Ziegeln vorhanden wäre. Abgesehen von einer immer noch unzulänglichen Belieferung mit Kohle und ungenügender Gestaltung von Waggonen kommt als besonderer Mangel die Zwangswirtschaft in Betracht, bei welcher Ziegel nur bei dringendem Bedarf auf Freigabechein abgegeben werden dürfen.

Holzproduktion, Holzhandel und Sägeindustrie

In besonders eingehender Weise ist die deutsche Holzwirtschaft untersucht worden. Seit einem Jahre ist eine Steigerung der Holzpreise eingetreten, die auch Forstmänner als „geradezu wahnsinnig“ oder „unsinnig“ bezeichnet haben. Nicht nur das Baugewerbe und — wegen des Grubenholzes — der Bergbau, sondern auch die Papierfabrikation und die graphische Gewerbe sind dadurch — wegen des Zellstoffes und des Holzschliffes — schwer betroffen worden. Der deutsche Wald gehört zu je einem Drittel den Ländern, Gemeinden und Privaten. Es entfällt aber ungefähr die Hälfte der ganzen Holzproduktion auf die Staatswaldungen. Vor dem Kriege wurden 28 Millionen Festmeter Nadelholz bei einer kaum in Betracht kommenden Ausfuhr und einer Einfuhr von 14 Millionen Festmetern gewonnen. Innerhalb Deutschlands liefern namentlich Bayern und Württemberg mehr Holz, als sie selbst bedürfen. Auf Papierholz entfielen vor dem Kriege 6 240 000, auf Grubenholz 5 500 000, auf Säwollen 1 000 000 und auf Masten (Telegraphenstangen) 500 000 Festmeter. Es verblieben 28,4 Millionen Festmeter oder 68,5 Prozent des

Verbrauches für Baugewerbe und Möbelindustrie. Obwohl schon während des Krieges der große Holzbedarf ein Anziehen der Preise bewirkt hatte, die katastrophal wirkende Preissteigerung hat doch erst im Sommer 1919 begonnen. Vor dem Kriege wurden pro Festmeter im Walde 20 bis 25 Mk., im Juli 1919 60 bis 80 Mk., im September 1919 bereits 600 Mk., im März 1920 aber 800 Mk. bezahlt. Seitdem haben sich wieder Preisentwürfe vollzogen, die aber noch nicht überall zur vollen Geltung gekommen sind. Die Preissteigerung betrug also über 200 Prozent des Friedenspreises. Die Preise des Gruben- und Papierholzes sind denen des Nadelholzes gefolgt.

Der Holzhandel und die Sägeindustrie, die sich während des Krieges stark ausgedehnt haben, verfügen noch über große Vorräte, die in den Zeiten der höchsten Preise erworben worden sind. Diese Erwerbsgruppen befinden sich in starkem Interesse an der Freigabe der Ausfuhr und suchen überhaupt der Senkung der Preise entgegenzuwirken, wobei ihnen von den Forstverwaltungen eine gewisse Unterstützung zuteil wird. Da die Forstwirtschaft zur Industrie weit engere Beziehungen als zur Landwirtschaft besitzt, wird von vielen Seiten angenommen, es sei zweckmäßiger, die ganze Holzwirtschaft nicht dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, sondern dem Reichswirtschaftsministerium zu unterstellen.

Der zeitweise erhebliche Export der Möbelindustrie ist durch die Besserung der Valuta und die Exportabgabe geschädigt worden. Der Absatz der Möbel im Inlande litt nicht nur durch die Einstellung der Bautätigkeit, sondern auch durch die hohen Zuschläge des Handels von 50 Prozent. Diese Zuschläge seien nach Auffassung der Arbeiter vor dem Kriege bei absolut niedrigen Preisen der Möbel vielleicht gerechtfertigt gewesen, nicht aber unter den jetzigen veränderten Verhältnissen.

Metallverarbeitung

Im ganzen Maschinenbau mit Einschluß der Werften, der Automobil- und Fahrradindustrie wird die Lage von der Entwicklung der Eisen- und Stahlpreise beherrscht. Hämatit-Eisen kostete vor dem Kriege 185 Mk., wurde Ende Mai 1920 mit 2600 Mark und im Juli 1920 immer noch mit 2200 Mk. bezahlt. Während die Höchstpreispolitik der Kriegsrohstoffabteilungen es durchgesetzt hatte, daß die Steigerung der Eisen- und Stahlpreise sich noch bis Ende 1918 in relativ mäßigen Grenzen bewegte, traten mit Beginn des Jahres 1919 bis zum 1. Juni 1920 ungemein scharfe Preissteigerungen ein.

Die Preispolitik des Eisenwirtschaftsbundes ist vielfach damit zu rechtfertigen gesucht worden, daß noch erhebliche Schulden in Schweden zu tilgen sind. Die von dort stammenden Erze durften während des Krieges nur auf Kredit bezogen werden. Von der Gegenseite wurde betont, daß erst ein Drittel der Schulden an Schweden abgedeckt worden sei, und daß bereits Ermäßigungen der Eisen- und Stahlpreise stattgefunden hätten. Die Vertreter des Maschinenbaues erklärten aber, daß man trotz dieser Ermäßigungen noch nicht mit Erfolg im Auslande konkurrieren könne. Die amerikanische und zum Teil auch die englische Konkurrenz könne Walzwerkprodukte zu niedrigeren Preisen erhalten.

In der Fahrradindustrie sind die Materialkosten pro Rad (ausschließlich der Reifen) von 14 auf 400, die Arbeitskosten von 14 auf 62 Mk. gestiegen.

Von Vertretern der Arbeitern wurde die Unmöglichkeit betont, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft aus den Schwierigkeiten herauszukommen, und zugleich der Argwohn ausgesprochen, daß es sich wenigstens in einzelnen Zweigen der Industrie weniger um einen wirklichen Rückgang der Aufträge handele, als um den Wunsch, den Betrieb einzustellen, um die Löhne herabzusetzen. Den Betriebsräten sei leider nicht die Möglichkeit gegeben worden, in diese Verhältnisse voll hineinzuleuchten.

Von Arbeitgeberseite wurde jede Absicht, die Löhne herabzusetzen, ehe Ermäßigung der Lebensmittelpreise erfolgt ist, mit großem Nachdruck abgelehnt.

Seeschifffahrt, Schiffbau und Hochseefischerei

Von den 5,5 Millionen Bruttoregistertonnen, welche die deutsche Handelsflotte vor Kriegsausbruch besaß, sind infolge der

Kriegsverluste und der Ablieferungen an die Entente nur noch 300 000 bis 400 000 Tonnen verblieben, die durch Neubauten auf deutschen Werften bald auf etwa eine halbe Million anwachsen werden. Das seemannische Personal wurde vor dem Kriege auf 80 000 beziffert. Es hat, trotz der im Kriege Gefallenen und Beschädigten, wegen der Heimkehr der im Auslande tätig gewesenen Seeleute und der Entlassungen aus der Kriegsmarine kaum abgenommen. Man rechnet damit, daß 19 000 bis 20 000 in ihrem Berufe arbeiten, während 55 000 bis 58 000 in ihm keine Verwendung finden können. Mit besonderen Schwierigkeiten haben die 13 000 bis 15 000 Kapitane, nautische und technische Schiffsoffiziere zu kämpfen. Die Betätigung unter fremder Flagge hatte infolge des von England und Amerika veranlaßten Weltboykotts gegen deutsche Seeleute mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Unmählich wurde der Boykott allerdings durchbrochen, und er ist durch die jüngst in Genä gefaßten Beschlüsse jetzt auch formell aufgehoben worden. Immerhin scheint für 45 000 bis 46 000 wenigstens die vorübergehende Notwendigkeit einer Berufsumstellung vorzuliegen. Im übrigen wird aber mit größtem Nachdruck der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte nicht nur im Interesse der seemannischen Bevölkerung, sondern auch der volkswirtschaftlichen Wiedergeburt Deutschlands zu erstreben sein.

Die Herstellung eines Schiffes auf deutschen Werften kostet, namentlich infolge der hohen Stahlpreise, jetzt das Zwanzigfache des Betrages vor dem Kriege. Es ist stark zu bezweifeln, ob derartige Schiffe von der deutschen Reederei, die mit der ausländischen naturgemäß in freiem Wettbewerb arbeiten muß, rentabel verwendet werden können. Man muß beachten, daß die Welttonnage trotz der Kriegsverluste von 15 Millionen Bruttoregistertonnen heute um 6 bis 7 Millionen Tonnen größer als vor dem Kriege ist. Dabei liegen noch 6 Millionen Tonnen auf Stapel. Schon hat sich ein bemerkenswerter Sturz der Frachtsätze vollzogen, zum Beispiel für Getreide von Argentinien nach Europa von 575 auf 123 Mk. pro Tonne. Dem Fall der Frachtsätze entspricht die Bewertung der Schiffe. Es wird deshalb der deutschen Reederei nichts anderes übrig bleiben, als in erheblichem Umfang auch Schiffe zu erwerben, die jetzt vom Auslande bei vorzüglicher Qualität zu mäßigen Preisen angeboten werden. Dadurch tritt für die Textilindustrie, die während des Krieges ihre Anlagen erhöht hat und etwa eine halbe Million Tonnen im Jahre liefern kann, eine sehr schwierige Lage ein, wenn nicht bald eine ausgiebige Herabsetzung der Stahlpreise erfolgt. An dem Gedeihen der Textilindustrie sind 80 000 Arbeiter interessiert. Besondere Schwierigkeiten bestehen für die ehemals kaiserliche Werft in Kiel mit über 10 000 Arbeitern, die früher nur zur Reparatur der Kriegsschiffe diente und deshalb keine Sellungen für Neubauten besitzt.

Im Gegensatz zu den genannten Erwerbsgruppen befindet sich die Hochseefischerei in einem gewissen Aufschwunge.

Graphische Gewerbe

Die Papierindustrie hat außer mit hohen Zellstoffpreisen mit einer Erhöhung der Sulfatpreise auf das 30-, bei Harzpreisen auf das 50fache zu rechnen, die Löhne sind vereinzelt auf das 20fache gestiegen, waren früher allerdings meistens niedriger. Eine gewisse Herabsetzung der Selbstkosten könnte durch Verminderung der Sorten erreicht werden. Noch gäbe es 1100 verschiedene Sorten. Diese weitgehende Rücknahme auf alle erdenklichen Geschmacksrichtungen hat vor dem Kriege den Export gefördert. Heute ist dieser Luxus ungerechtfertigt. Es war ein verhängnisvoller Fehler, daß die Kriegswirtschaft nur die Papierverteilung, nicht aber die Produktion geregelt hat. Der Papierverbrauch der Zeitungsverleger ist durch die Kriegswirtschaft auf 40 Prozent kontingentiert worden. Das Kilogramm Zeitungspapier kostete vor dem Kriege 20 Pfg., jetzt 4 Mk. und mehr. Dadurch ist ein erheblicher Rückgang in der Zahl der Abonnenten und Interenten eingetreten. Der Papierverbrauch hat so abgenommen, daß heute viele Zeitungen nur 50 Prozent ihres Kontingents in Anspruch nehmen. Es besteht insofern nicht mehr ein Papiermangel, sondern ein Papierüberschuß, der aber nur zurückerhalten ist auf die ungeheure Preissteigerung und mit ihr wieder verschwinden würde.

Sozialdemokratischer Parteitag zu Kassel.

(Schlußbericht der Eröffnungssitzung.)

Kassel, 10. Oktober 1920.

Hermann Müller übernimmt den Vorsitz mit folgenden Worten: Dieser Parteitag ist der erste Friedenseparteitag. Pfingsten 1919 in Weimar stand der drohende Friedensvertrag für unser Volk am Himmel. Alle Hoffnungen, zu einem Frieden des Ausgleichs und der Versöhnung zu kommen, wurden vernichtet. Nur die sozialistisch geschulte Arbeiterklasse in den feindlichen Ländern ist bereit, zu mildern und zu bejammern, was wir an diesem Frieden immer als unerfüllbar und unerträglich bezeichnet haben und bezeichnet werden. Wir wollen den Freunden draußen die Arbeit für die Revision erleichtern, indem wir keinen Zweifel lassen, daß wir wieder gutmachen wollen, was immer an Vermittlungen wir wieder gutmachen können, nur muß man uns auch die Möglichkeit dazu geben. Man soll uns den Glauben an eine bessere Zukunft lassen. Der Völkerverbund, der jetzt nur eine Kulisse der Entente-politik ist, muß zu einem wahren Völkerverbund werden, der auch uns zu unserem Recht kommen läßt. Wir haben nach dem Genfer Kongreß keine Ursache, die Hoffnung auf ein Zusammenarbeiten der Internationalisten auf diesem Gebiet aufzugeben. Wir haben immer den höchsten Wert auf die Frage der internationalen Beziehungen gelegt. Schon vor 80 Jahren, auf dem Partei-

tag in Halle, haben uns begrüßt Julius Guesde und Eduard Anseele, die beiden großen, noch lebenden Vorkämpfer des Sozialismus. Die Belgier können diesmal leider keinen Vertreter senden. Wir hoffen aber, daß Ende der Woche auf der Rückreise von Georgien noch eine große Anzahl internationaler Genossen zu uns kommen. Auch Henderson, der verdienstvolle Kämpfer für die Wiedergeburt einer demokratischen sozialistischen Internationale, bedauert lebhaft, nicht kommen zu können, drückt aber die Hoffnung aus, daß es in dem nächsten Jahre den Engländern möglich sein wird, zu uns zu kommen. (Beifall.) Unsere holländischen Brüder haben den Genossen Troelstra beauftragt, nach Kassel zu kommen. Leider hat der Poststreik in Holland ihn aufgehalten, so daß er erst in der nächsten Woche hier sein kann. Unter den Gästen, die vor 80 Jahren zu uns sprachen, befand sich Hjalmar Branting, jetzt ein Senior der Internationale und schwedischer Ministerpräsident. Wir waren zwar nicht mit allem einverstanden, was er geredet und geschrieben hat, aber in den letzten anderthalb Jahren hat er für die Wiederbelebung der demokratischen sozialistischen Internationale viel geleistet. Von unseren schwedischen Genossen ist Genosse Engbert erschienen, den wir herzlich begrüßen. In ganz besonderer Weise aber be-

größten wir hier den Genossen Stauning als Vertreter Dänemarks. Die Dänen und wir Deutschen sind immer Freunde gewesen, selbst in der Zeit, als Bismarck den Artikel 5 des Prager Friedens nicht ausführte, ist unsere gemeinsame Arbeit nicht gestört worden. Wir haben uns immer gegenseitig geliebt, sind aber heute sehr hart die Nehmenden geworden. Wir danken von dieser Stelle aus herzlich den dänischen Genossen für das großzügige Liebeswerk, das sie an unsere Kinder getan haben. In allen Fällen haben durch den Krieg verelendete Arbeiterkinder in Dänemark soziale Pflegeeltern bekommen, an die sie sich ihr Leben lang erinnern werden. Unsere Danziger Genossen haben die Genossen Wohlgefühlt beauftragt, uns die Grüße der Danziger Genossen zu übermitteln. Mit tiefem Schmerz nehmen wir davon Kenntnis, daß das urdeutsche Danzig nicht mehr zum Reich gehört. Hier ist ein Fehler, der bei der Wiedergutmachung beseitigt werden muß, denn hier sind Deutsche von Deutschland losgerissen, ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Hier gibt es Arbeit für einen von der internationalen Arbeiterbewegung beeinflussten Völkerverbund. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß wir als demokratische Sozialisten jeden Gedanken an gewalttätige Revolution weit von uns weisen. Wir appellieren an das Recht. „Wohlan, wer Recht und Wehrheit achtet, zu unserer Reihne steht zu Hauf!“ In diesem Sinne wollen wir an die Arbeit auf diesem Parteitag herangehen. (Beifall.)

Zu Schriftführern werden gewählt: Frau Bollmann - Halberstadt, Gruske - Nürnberg, Eisenbarth - Hamburg, Ritsch - Plauen, Stahl - Spandau, Lüh - Worms, Lupsch - Dortmund, Köhle - Frankfurt und Mache - Breslau.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Prolat - Berlin, Niege - Darmstadt, Hartwig - Berlin, Jannotte - Breslau, Rugebe - Elm, Grab - Pforzheim, Eggerstedt - Kiel, Frau Köhl - Köln, Frau Bar - E - Hildesheim.

Bei der

Feststellung der Tagesordnung

Entspricht sich eine längere Debatte über die Frage, Wirtschaftspolitik und Ernährungsfragen mit Wiffell und Robert Schmidt als Referenten als besondere Punkte auf die Tagesordnung zu setzen. Schließlich einigt man sich, diesen beiden Referenten eine Redezeit von je einer Stunde zu gewähren, worauf die Ernährungsfrage mit der Wirtschaftspolitik gemeinsam erörtert werden soll. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung angenommen. Die Tagungszeit wird von 9 bis und von 3 bis 6 Uhr festgelegt.

Es folgen dann die Begrüßungsansprachen von Stauning - Kopenhagen, Engbert - Stockholm, Frau Wohlgefühlt - Danzig und Dr. Kraus, der für die Genossen des Saargebietes spricht.

Der Vorsitzende Müller gibt dann ein Telegramm des Reichspräsidenten Ebert und des Genossen Adolf Müller, des Vertreters des Deutschen Reiches in Bern, bekannt. In den Beschlüssen des Reichstages, der mit Singer zusammen vor 30 Jahren dem Parteitag in Halle vorlag, wird ein telegraphischer Gruß geleistet.

Dann schließt gegen 9 Uhr die Vorführung.

Erste Sitzung.

Kassel, den 11. Oktober 1920.

Vorsitzender Müller eröffnet den Kongress und gibt das Wort zur Begrüßung des Parteitagestages dem gestern leider einige Minuten zu spät erschienenen Vertreter der holländischen Sozialdemokratie, Hillegen - Amsterdam: Ich überbringe herzliche Grüße der holländischen Sozialdemokratie, zugleich im Namen des erstarrten Proletats. Ich habe nicht den Auftrag, Ihnen Grüße Ihres Reiches zu bringen. (Heiterkeit.) Wir werfen ihm nicht vor, daß er gekommen ist, sondern daß er zu spät gekommen ist. (Gemeine Heiterkeit.) Wäre er zehn Jahre früher gekommen, wäre es viel besser für Euch und die Welt gewesen. (Sehr herzlich.) Wir haben einen großen Aufschwung genommen und setzen uns dem Kampf weiter fort. Wir haben einstimmig beschlossen, die zweite Internationale neu zu stellen, auch wenn nicht allen den die Richtung und die geistige Strömung von Genf in dem einzelnen Punkt paßt. Die Bedingungen von Moskau sind als jedenfalls nicht zugegangen. Wir hätten auch gar keine angenommen. (Heiterkeit und sehr gut!) Mehr als je hat das Proletariat in diesem Augenblick eine dringende Aufgabe zu erfüllen. Mehr als je wäre jetzt die Einheitsfront des Willens und der Aktion notwendig, und darum müssen wir an jedem Tage mit Herz und Seele die Einigkeit predigen. (Beifall.) Wenn in dieser Zeit das sozialistische geschulte Proletariat Deutschlands zusammenhalten könnte, würde es nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt und die ganze Zukunft von der allergrößten Bedeutung sein. (Beifall.) Hoffentlich geht dieses Wort hinaus an das ganze deutsche Proletariat. Das Wort von Karl Marx: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ ist keine Phrase, sondern das höchste Zeitgebot. Ihr habt einen hohen Schritt vorwärts gemacht mit der Gründung der Deutschen Republik. Das ist die größte Errungenschaft des letzten Jahrzehnts, wenn sie dauerhaft ist und sich gut entwickelt. Stellt Euch mit aller Kraft dahinter und fördert die Entwicklung der neuen Republik in sozialistischer Richtung. Laßt von dem Konzepte ein kluges und deutliches Programm hinausgehen, einen klugen und klaren Weisheitsertrag, einen klaren Maßstab für die Einigkeit an das Proletariat, das Gute der deutschen Demokratie zu erhalten und vorwärts zu bringen zum Sozialismus. Am Ende wird Euch Recht werden: Unser die Welt trotz allem! (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Müller dankt der holländischen Sozialdemokratie für ihre wertvollen Leistungen für die Internationale und begrüßt die Vertreter Georgiens.

Hierauf gab Genosse Weis den Bericht des Parteivorstandes.

Von der Partei zur Seite.

Wir lesen in der Freiheit: In einem Artikel „Der arbeitslose Arbeiter“, dessen Inhalt ausdrücklich als persönliche Meinung bezeichnet wird, schildert in der Moskauer „Brawda“ der Sekretär des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei Prochorski aus Anlaß der Parteiverammlung die Zustände in der Partei:

Die Einigkeit und die kameradschaftlichen Bande von 1917 und 1918 sind in der Partei nicht mehr zu finden. Die Parteimitglieder sind zwar gewachsen, aber sie beruht mehr auf äußeren Zwang. Das Parteileben erfüllt gerade in den breiten Massen der Parteigenossen. Früher wußte der Parteimitglied, daß auch er an der Bildung des Parteimitglieds mitwirkte; jetzt hat er nur die Befehle des Parteimitglieds anzuhören. Der Grund für eine herabgesetzte Zentralkommission liegt in dem Todeskampf, den die Sowjetrepublik zu führen hat, allein man hat dabei das notwendige und zulässige Maß doch überschritten. Die Parteiarbeit ist mit Bürokratismus durchdrungen, und dieser Uebelstand wird von heute auf morgen abgeholfen werden, da es auf den Mangel von Kräften zur Bewältigung der ungeheuren Parteiarbeit zurückzuführen ist. Der Parteimitglied steht dem leitenden Parteimitgliedern auch feilschend fern. Das kommt daher, daß die leitenden Parteimitglieder wenig Interesse für die Situation der Parteimitglieder an den Tag legen, aber auch der Arbeiter in den Lebensbedingungen der beiden Gruppen, dem man zuerst wenig Bedeutung beimah, trägt jetzt dazu bei, und bringt mit der Zeit auch einen Unmut in der geistigen Verfassung mit sich. Was die Massen am meisten der Partei entfremdet, ist, daß die Partei von Parteimitgliedern und gewinnstüchtigen Elementen durchsetzt wird, die

ihre innerlich fernstehen. Wegen Mangels an Arbeitskräften mußte man sich mit derartigen Persönlichkeiten abfinden, aber wenn man nun zwischen ihnen und den Arbeitern zu wählen hat, so sind uns die Arbeiter lieber. Aber selbst bei einer glücklicherweise bisher geringen Anzahl alter Kommunisten ist der proletarische Geist im Schwanden begriffen.“

Die „Freiheit“ meint, dieses Urteil sei eine glänzende Rechtfertigung ihrer Haltung. Was sich in Russland als schwerer Fehler herausgestellt habe, das wolle man jetzt den westeuropäischen Ländern aufzwingen! Die Pleite würde hier aber viel schneller kommen, da das westeuropäische Proletariat geistig viel zu beweglich und politisch viel zu selbständig ist, als daß es sich auf die Dauer einer Führerdiktatur unterwerfen würde.

Uns dünkt, daß das obige Bekenntnis keine Rechtfertigung der unabhängigen Politik derer um die „Freiheit“ ist, sondern nur das bestätigt, was die Rechtssozialisten stets hervorgehoben haben. Die „Freiheit“ hat sich seit ihrem Bestehen redlich bemüht, die Sowjetzerlichkeit zu glorifizieren und muß nun selbst einsehen, daß sie zwei Jahre lang ihre Anhänger beschwindelt hat. Die beginnende Selbstkenntnis bei der U. S. P. dringt jetzt so vielfältig durch, daß wir nur bedauern, aus Raumangel nicht alle Urteile wiedergeben zu können, mit denen sich die radikalen Phrasen von gestern selbst ohrfelgen.

Die Leitfäden des Reichsfinanzministers.

Das Programm für die Verringerung der Ausgaben des Reiches, das der Reichsfinanzminister vorgelegt hatte, ist vom Kabinett einstimmig angenommen worden. Aus den aufgestellten Leitfäden sind hervorzuheben:

Es dürfen von keinem Reichsministerium und keiner nachgeordneten Reichsbehörde oder Reichsstelle oder einzelnen Beamten irgendwelche Maßnahmen, Reueinrichtungen oder Anordnungen, welche neue durch den Reichshaushalt oder sonstige gesetzliche Vorschriften nicht bereits genehmigte Ausgaben zur Folge haben oder haben können, ohne vorherige rechtzeitig eingeholte Zustimmung des Reichsfinanzministers getroffen werden.

Neue Aufgaben dürfen nur aufgenommen und von Ländern, Gemeinden oder sonstigen öffentlichen oder privaten Organisationen auf das Reich übernommen werden, wenn ihre Inangriffnahme ohne jede persönlichen oder sachlichen Kosten für die Reichskasse möglich ist, oder es sich um unbedingt lebenswichtige Interessen des Reiches handelt und die Übertragung der Aufgaben auf andere Schultern (Länder, Gemeinden oder öffentliche oder private Körperschaften) ausgeschlossen ist.

Neue Verwaltungseinrichtungen dürfen nicht geschaffen, bestehende nicht vergrößert werden. Insbesondere dürfen grundsätzlich neue Stellen nicht geschaffen, vorhandene Ausgabeposten anderer Art nicht erhöht werden. Ausnahmen von diesem Leitfaden sind nur zulässig, sofern es sich um unbedingte Lebensnotwendigkeiten für das Reich handelt.

Der russisch-polnische Vorfrieden unterzeichnet.

W. Warschau, den 11. Oktober. In einer Extraausgabe meldet das Blatt „Narod“ aus Riga, daß gestern vormittag der Waffenstillstand und das Vorfriedensabkommen von den russischen und polnischen Vertretern unterzeichnet wurde. Das Waffenstillstandsabkommen besagt u. a., daß die polnischen und russischen Truppen sich 15 Kilometer von der Demarkationslinie zurückziehen sollen. Die dadurch entstandene 30-Kilometer-Zone wird als neutral erklärt. 144 Stunden nach dem Waffenstillstandsabkommen werden die Feindseligkeiten gegenseitig eingestellt. Der Waffenstillstand wurde für 21 Tage abgeschlossen. Sollte er bis zu dieser Zeit nicht gekündigt werden, dann läuft er automatisch bis zur Ratifizierung der Friedensverträge weiter. In dem Vorfriedensvertrag wird gesagt, daß beide vertragschließenden Parteien die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrusslands anerkennen.

Polen besetzt Wilna.

Nach hartem Kampfe haben die Polen Wilna am 9. Oktober eingenommen. Die Litauer hatten die Linie Olsienki - Mitroki - Bakakovienska - Raichkazy. Die angreifenden Truppen sind zusammengeflohen aus verpöhlten Bewohnern Mitauens, die von General Seligowski geführt werden. Seligowski hat in Wilna eine neue Regierung ausgerufen, deren Oberhaupt er selbst ist und an der Guisbecker teilnehmen. Sie verlangen, daß die Litauer das ganze früher von Polen besetzte Gebiet verlassen und das eine Volksabstimmung stattfinden. Die Ententevertreter haben der sogenannten Zentralkommission Litauens schriftlich kürzesten Protest ausgedrückt und ausdrücklich erklärt, daß die Ententevertretungen in Litauen keine andere Regierung anerkennen würden als die in Kowno weilende verfassungsmäßige Regierung Litauens.

Auch Grodno ist in polnischer Hand.

Die vereinigten Gegner Russlands.

Dem Korrespondenten des „Daily Telegraph“ in Helsingfors zufolge sind zwischen Finnland, Polen, Ungarn und Rumänien Unterhandlungen im Gange zwecks Abschluß eines Defensivbündnisses gegen jeden vom Osten möglichen Angriff.

Internationale Rechtsschule.

Der Plan der Gründung einer internationalen Schule für internationales Recht, der von den drei Rechtsgelehrten Alvarez, Feuchille und De la Pradelle vorbereitet war, wird verwirklicht. Die juristische internationale Vereinigung der Universität Paris und die Akademie der Wissenschaften billigten die Berufung von Juristen und Direktoren der neuen Schule. Man hofft, daß der Völkerverbund demnächst seine Einwilligung geben wird. Die Schule wird dann bei der Rechtsakademie in Paris im Dezember eröffnet.

Die Abstimmung in Kärnten.

Nach dem bisher bekannt gewordenen Ergebnis wird die Abstimmungszone A vorbehaltlich der Zustimmung des Obersten Rates bei Österreich verbleiben. Die Wahlbeteiligung erreichte in einzelnen 98 Prozent. In einzelnen Ortschaften kam es zu Unruhen. Bis jetzt sind insgesamt 2 Tote und 4 Verwundete gemeldet worden. — Etwa 60 bis 65 % der abgegebenen Stimmen lauteten zugunsten Deutsch-Oesterreichs. Die serbischen und fremden Agitatoren hatten ihre Agitationsautomobile mit österreichischen 10-Kronen-Noten besetzt, um dadurch den Reichtum Sloweniens gegenüber Österreich feindselig zu machen.

Englands Vorwürfe gegen Moskau.

In der Antwort Curzons auf Tschischerins letzte Note heißt es nach einer Reutersmeldung, während sich England genau an die getroffenen Abmachungen gehalten habe, habe Kamenew die Hauptbedingung für seine Zulassung in England offen verlegt. Die Sowjetregierung behandelte die Angelegenheit der englischen Gefangenen als Bagatel, sandte russische Truppen nach Persien und zettelte eine Verschwörung mit den türkischen Nationalisten in Klein-Asien an. Sie bedrohte Khorasan mit dem Einfall, schuf in Tadschikent eine englandfeindliche Organisation, stiftete eine Revolution in Buchara an und versuchte, einen Vertrag mit dem Emir von Afghanistan abzuschließen. Sie bemüht sich ferner, den Eingeborenen aufzustand an der indischen Grenze hervorzurufen und führte unter dem Aufwand ungeheurer Summen eine tiefe gegen England gerichtete Propaganda in Sien. Die Note erklärt, wenn die Verhandlungen über die Handelsbeziehungen zum Abschluß gebracht werden sollten, müßte dieser Zustand aufhören. In einer weiteren Note wird gegen die unpolitische Ermordung eines Zivilingenieurs Beschwerde erhoben.

Politische Rundschau.
Deutschland.

Gegen Steuerdrücker.

Berliner Meldungen zufolge soll die Aufgabe des neuen Finanzkommissars sein, die energische Bekämpfung der Steuern und die Erfassung von solchen Beträgen, bei denen die Gefahr der Verschleierung vorliegt. Das Reichsnotopfer soll in aller nächster Zeit erlassen werden. Auch die Finanzgeschäfte der Banken sollen einer stärkeren Kontrolle unterworfen werden.

Dr. Hirschfeld: das erste Programmpfer.

Dr. Magnus Hirschfeld, der vor einigen Tagen während eines Vortrages über die Steinachische Verjüngungstheorie von antisemitischen Teilnehmern verprügelt wurde, ist im Münchener Krankenhaus den erlittenen Verletzungen erlegen. — Das Blut des ermordeten Gelehrten klebt an den Händen der deutschösterreichischen Hezer und sie werden es nicht abwischen können.

Uebergang französischer Besatzungstruppen.

Die französische Besatzungsbehörde hat nach der „Frankf. Ztg.“ die Domäne Frauenstein, ein großes landwirtschaftliches Unternehmen, beschlagnahmt. 40 Stück Rindvieh, zum großen Teil Milchkühe, ein halbes Duzend Pferde und eine ganze Anzahl landwirtschaftlicher Geräte gelangen zur öffentlichen Versteigerung, da man sich mit dem von den Franzosen gebotenen Preise nicht einverstanden erklären konnte. Dadurch wird die Milchversorgung, die im hiesigen Gebiet nicht einmal für die Kinder im dritten Lebensjahre ausreicht, noch mehr beeinträchtigt. Das gleiche Schicksal soll den anderen großen Hofgütern in Hessen-Nassau drohen, so insbesondere dem 1400 Morgen umfassenden Reichshildershof bei Erdenheim-Hochheim.

Kleine politische Nachrichten.

Der Räubersführer des Josephstaler Mordes in zehn deutschen Arbeitern, namens Baron, der als einziger von den Tätern nach Polen entkam, ist im Kybnitzer Gebiet festgenommen worden.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes gegen die Kapitalflucht zugegangen.

Ein internationaler Kongress zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche tagte in Buenos Aires. Er hat einen Ausschuss eingesetzt, der ein internationales Institut zur Bekämpfung dieser Seuche schaffen soll. In dem Ausschuss wird Deutschland durch den Geh. Legationsrat Dr. Ohlshausen vertreten.

Clara Zetkin ist in Moskau eingetroffen. Bei der Begrüßungsfeier erstattete Kameneff, der eben aus London zurückgekehrt war, über die Lage in ganz Europa Bericht. Der Zeitpunkt der Uebernahme der Macht durch das Proletariat in allen europäischen Ländern rüde immer näher heran. Die Versammlung stimmte einer Erklärung zu, daß der Krieg auf allen Fronten mit größter Entschiedenheit fortgesetzt werden müsse.

In der Mühle von Großhöf bei Ginzburg wurden 40 neue Mercedes-Flugzeugmotoren, die dort verfertigt gehalten waren, von der Entente-Kommission beschlagnahmt. Sie stellen einen Wert von über drei Millionen dar.

Nach einer Meldung des „Matin“ betragen die Gesamtkosten Pelsjura, der Führer der Nationalisten in der Ukraine, wieder sechs Jahresschichten.

Wie der „Manchester Guardian“ berichtet, besteht heute innerhalb der britischen Regierung eine Mehrheit für den unmittelbaren Eintritt Deutschlands und Oesterreichs in den Weltkrieg.

Nach einer Meldung des „Matin“ betragen die Gesamtkosten der Brüsseler Finanzkonferenz 34 Millionen Franken.

Italien.

Ein technisches Parlament.

Wie die „Epoca“ vernimmt, wird Minister Labriola dem Obersten Arbeitsrat eine Reformvorlage einreichen, die die Regierung macht, neben dem politischen Parlament ein technisches Parlament zu schaffen, das aus mehr als 150 Mitgliedern zusammengesetzt sein soll, die proportional von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu wählen wären. Dieses technische Parlament soll nicht bloß beratende Rechte haben, sondern in bezug auf die Ordnung der Arbeit und die Lage der Arbeiterklasse auch mit gesetzgeberischen Rechten ausgestattet werden. Es soll die in das Gebiet der Arbeit einschlagenden Reglements prüfen und über Fragen bezüglich der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern beraten. Das Parlament soll in eine industriell-kommerzielle und eine landwirtschaftliche Sektion geteilt werden. Dieser neue Organismus endlich soll einen ständigen Ausschuss besitzen zur Erleichterung der Vorarbeiten und zur Ueberwachung der Ausführung der Gesetze und zur Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen zu den Arbeitergesetzen.

Serbien.

Ein politischer Attentatversuch.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Belgrad: Bei der Rückkehr des serbischen Prinzregenten in Serajewo wurde eine Bombe unter seinen Zug geworfen. Zwei Wagen wurden zerstört. Der Prinzregent blieb unversehrt. Infolge dieses Attentats haben Bürgermeister und Stadtrat ihre Entlassung genommen. Den Zeitungen ist es strengstens untersagt, irgend etwas über die Angelegenheit zu veröffentlichen.

Türkei.

Offensive gegen Armenien.

Nach den letzten aus Klein-Asien eingetroffenen Nachrichten haben die türkischen Nationalisten eine Aktion gegen Armenien eingeleitet...

Japan.

Flottenverträge.

Das japanische Parlament hat die Regierungsvorlage, die den Ausbau der japanischen Flotte vorstelt, genehmigt.

England.

Konturserklärung.

Lloyd George erklärte in einer in Carnarvon gehaltenen Rede, in Irland müsse die Ordnung selbst mit den strengsten Methoden wieder hergestellt werden.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 12. Oktober.

Aus der Bürgerschaft.

Deutschnationale gegen den Achtundentag.

Wiederum hatte die Bürgerschaft am Montag Abend eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. In zwei Dutzend Vorlagen in einer Sitzung hat man sich bald gewöhnt...

Der Bürgerausschuß hält am Mittwoch nachmittags 5 1/2 Uhr im Roten Saale des Rathauses eine öffentliche Versammlung ab.

Abgabe der deutschen Kapitane und Offiziere der Handelsmarine an den Seemannsbund. Wir berichteten kürzlich aus Hamburg, daß die Kapitane auf ihrem Vereinstage beschlossen haben...

Keine erste und vierte Klasse mehr? Die Einführung einer Reform im Eisenbahnpersonenverkehr steht bevor. Die Erkenntnis, daß es so wie bisher nicht mehr weiter gehen kann...

Die Preise für Bier und Bierähnliche Getränke. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft veröffentlicht im Reichsgesetzblatt vom 2. Oktober eine Verordnung...

Vierte Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins. Das klassische Lustspiel 'Minnna von Barnhelm' ging am Sonntag anstatt der 'weißen Dame' über die Bretter.

dar, den heruntergekommenen französischen Edelmann, den Kavaliere und Gastspieler wie er lebt und leidet. Herr v. Bollow gab eine kurze gute Einführung...

Handelsverkehr mit Ostpreußen. Wie der hiesigen Handelskammer von ausländischer Stelle mitgeteilt ist, hat der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen über die im Reich vorhandene Melang...

Landauferhalt für Stadtkinder. Vom Jugendamt wird uns u. a. geschrieben: Mittwoch, den 6. Oktober brachte der Dampfer 'Baltik' die letzten 84 deutschen Kinder...

200 Prozent Mietershöhung und Zahlungsbefehl. Herr Wachsmeiß, Fichtstraße 18 hat, wie wir uns überzeuhen konnten, einem seiner Mieter einen Zahlungsbefehl über 25 Mk. ausstellen lassen...

Schlichtung der Freibadeanstalten. Die Freibadeanstalten Falkenwiese, Markt, Finkenberg und Moisling werden am 15. Oktober geschlossen.

Stadttheater. Am Dienstag wird 'Liesland', am Mittwoch 'Minna von Barnhelm' und am Donnerstag 'Lartuff' wiederholt. Auf die Erkaufführung von 'Kofe Vernit' am Freitag machen wir aufmerksam.

Blattbüchse Volksgut. De Maten van de Blattbüchse Volksgut wart up den ersten Klokabend an Dunsersdag in 't Rolloffium hewiefte.

Festgenommen wurde ein in der Leichstraße wohnhafter 17-jähriger Bote, der seinem Arbeitgeber eine Aktentasche und 84 Mark bares Geld unterschlagen hat...

Diebstähle. In den letzten Tagen ist aus dem Gisteller in der Vorstraße ein 80 m langes aus Baumwolle gefertigtes braunes Strümpfchen...

Travemünde. Eine gutbesuchte Versammlung der Mieter tagte am Sonnabend im Saale des Rolloffiums. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag schlossen sich die anwesenden Mieter...

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Parteitagwahl der Hamburger U. S. P. nach Mostaers Mitter. Die 'Freiheit', das Zentralorgan der U. S. P. D. schreibt u. a.: Die Organisationsleitung, die ganz in den Händen der Neu-Kommunisten liegt...

wurden nicht abgestempelt. Es konnte von den Besetzern jeder wählen, so oft er wollte. Alle Stimmen für die Liste Bergmann wurden für ungültig erklärt...

Kiel. Der Verkehr im Nordostseebanal ist im September ständig gestiegen. Über 2000 Schiffe durchfuhren ihn. Im letzten Vierteljahr hat die Kanal-Schiffahrt eine Gipfelerreigung erreicht...

Kiel. Die Maul- und Klauenseuche hat noch immer weitere Verbreitung in der Provinz gefunden. Nach einer amtlichen Feststellung waren am 15. September 12 201 kranke Tiere vorhanden...

Glensburg. Gewaltige Viehausfuhr trotz Verbots in Schleswig-Holstein. In einer Sitzung der Preisfestsetzungskommission in Glensburg wurde mitgeteilt, daß trotz des Verbots der Viehausfuhr aus der Provinz in ganz kurzer Frist 20 000 Stück Vieh ausgeführt seien...

Schönberg. Kleingärten. Von der Landesregierung wurden der Stadt Schönberg für Kleingärten 21 000 Mk. überwiesen. In Selmsdorf drangen Diebe in das Haus des Maurers Müller ein...

Neustrelitz. Das Strafverfahren gegen Freiherrn von Reibnitz eingeleitet. Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Nachricht, daß Freiherr v. Reibnitz an einer großen Zuckerschmelze beteiligt sei...

Neueste Nachrichten.

Der Zeitungskrieg und die Buchdrucker.

II. Berlin, den 12. Oktober. In einer stark besuchten Versammlung sämtlicher Funktionäre des Buchdruckerverbandes wurde erklärt, daß die Buchdrucker Berlins jede Arbeit für die Ausgesperrten und Streikenden ablehnen werden...

Kohnkampf in den Berliner Warenhäusern und Spezialgeschäften.

III. Berlin, den 12. Oktober. Im Lustgarten tagte gestern eine große Versammlung von Angestellten der Warenhäuser und Spezialgeschäfte, um zu dem Schiedspruch, der vorläufig nur den Verheirateten eine 10prozentige Lohnerhöhung bewilligt...

Ausweisung der russischen Gewerkschaftsvertreter.

IV. Berlin, den 12. Oktober. Die Delegation der russischen Gewerkschaften muß, wie die 'Freiheit' hört, ihren Aufenthalt in Deutschland abbrechen. Die Delegation erhielt aus dem Auswärtigen Amt die Mitteilung...

Spaltung in der niederdeutschen U. S. P.

V. Berlin, den 12. Oktober. In der U. S. P. des Niederrheins ist die Spaltung der Partei vor Beginn des allgemeinen Parteitag in Halle bereits vollzogene Tatsache geworden. Die 'Freiheit' berichtet darüber aus Düsseldorf...

Geschäftliches.

Eine wirklich sachgemäße Pflege des Schnh- und Ledermaterials sollte sich jede Hausfrau zur ersten Pflicht machen. Beim Einkauf von Ledertrennen darf deshalb nicht der Preis, sondern die Zusammenstellung des Fabrikats ausschlaggebend sein...

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten 'Aus dem Freistaat Lübeck' verantwortlich: Hermann Bauer, für die Rubrik 'Aus dem Freistaat Lübeck' verantwortlich: August Schulz. Verlag: Seitz, Steinberg, Druck: H. Meyer & Co. Samlich in Lübeck.

Theater und Musik.

Stadtheater. „Der letzte Walzer“, Operette in 3 Akten von Oskar Strauß. Finanzielle Gründe veranlassen die Theaterleitung, an den Sonntagen vorwiegend der leichtgefügigen Muse ihre Räume zu öffnen. Der künftige Erfolg gibt ihr nicht nur Recht, sondern auch vor allem auch die Mittel an die Hand, um an den folgenden Tagen in der Hauptstadt dem Wahren, Guten und Schönen dienen zu können. Man braucht übrigens auch gar nicht soweit zu gehen, und sagen, die Operette gehöre überhaupt nicht ins Theater; das wäre gemäß über das Ziel hinausgeschossen. Auch unter den Operetten gibt es Kunstwerke, die als solche zu bewerten sind. „Der letzte Walzer“ gehört nicht unbedingt zu diesen, aber er gehört doch zu den besten Zeugnissen der neueren Operettenliteratur. Schon das Orchester ist recht wirksam. Ein junger russischer Offizier Sarrasow hat eine Dame vor den Zubringlichkeiten eines kaiserlichen Prinzen bemerkt. Deshalb wird er zum Tode verurteilt.

Vera, so heißt die schöne Frau, sucht ihn zu retten, indem sie ihn zur Flucht bewacht, nachdem sie mit ihm den letzten Walzer getanzt hat. Sarrasow hat jedoch sein Ehrenwort gegeben, daß er nicht fliehen will, und so kehrt er denn zurück, um in den Tod zu gehen. Aber so schlimm wird die Sache nicht, denn Prinz Paul wollte ihn mit der Verurteilung nur schrecken. Und schließlich bewahrt Vera den Prinzen, ihr selbst den Geliebten zum Gatten zu geben. Lockende, süße Walzerlänge hat Oskar Strauß in diese Handlung hineingewoben, hübsche Polka-Mazurka sind ihm eingefallen, und was sonst das Publikum gern hat. Damit war der Erfolg gesichert, wenn die Aufführung nicht verfiel. Im Stadttheater war am Sonntag alles getan, um dem „letzten Walzer“ in Lübeck ein langes Leben zu sichern. Selbst in den kleineren Rollen waren erste Kräfte beschäftigt, wirkten Lohengrin, Telramund, Wamina und die Größen des Schauspielers mit. Herr Gugelmann hatte der Vorstellung einen hübschen Rahmen gegeben und für ein flottes Tempo gesorgt, das auch von dem Dirigenten, Herrn Oswald-Fenslein, nicht immer

ganz in Übereinstimmung mit der Bühne, eingeschlagen wurde. Als Vera war Fräul. Genterich sehr charmant und liebenswürdig; nur noch etwas spröcher, räusiger hätte sie in dieser Maske sein können. Den Sarrasow gab Herr Parey mit den frischen Zügen eines flotten Kavaliere. Ganz famos und überaus drollig gestaltet Herr Gugelmann den verliebten Apollith; sehr komisch wirkte Emma Opel als reichbedrückte Generalwitwe, deren jüngere Erbkinder von den Damen Buchholz, Bruhn, Hampel und Gläser anmutig und nett verpflegt wurden. Friz Ball war der gegebene wirkungsvolle Vertreter des Prinzen Paul, Karl Bündler der rechte Mann für den General Krafinski. Herr Lisewski machte als Kapitän Kaminski eine gute, Herr Abdoff als Onkel Jaroschkin eine heitere Figur. Auch alle übrigen waren mit Lust und Liebe bei der Sache. Das ausverkaufte Haus bereitet dem „letzten Walzer“ eine so überaus warme Aufnahme, daß der letzte dieser Walzer wohl noch lange auf sich warten lassen dürfte. X

Bekanntmachung über die Vorteile einer Vorauszahlung des Reichsnotopfers.

Wegen des dringenden Geldbedarfs des Reichs ist es erwünscht, daß schon jetzt vor der Veranlagung des Reichsnotopfers Beträge auf diese Abgabe gezahlt werden. Dem Abgabepflichtigen erwachsen überdies bei derartigen Vorauszahlungen erhebliche geldliche Vorteile. Die Höhe der Abgabe kann jeder Abgabepflichtige ohne Schwierigkeit selbst berechnen. Das Finanzamt ist bereit, bei der Berechnung zu helfen. Sollte trotzdem eine Ueberzahlung erfolgen, so werden die überzahlten Beträge nicht nur zurückgezahlt, sondern auch jetzt dem Tage der Einzahlung mit fünf vom Hundert verzinst werden. Die Zahlung braucht bei den Annahmestellen nicht persönlich geleistet zu werden, kann vielmehr durch jeden Dritten, vor allem auch durch Vermittlung von Banken und Sparkassen erfolgen. Auf Vorauszahlungen wird nach § 41 des Gesetzes bei Einzahlung bis 31. Dezember 1920 eine Vergütung von 4 Proz. gewährt. Außerdem fällt die nach § 80 des Gesetzes vorgesehene Verpflichtung zur Verzinsung der Abgabe vom 1. Januar 1920 mit 5 Proz. mit dem Tage der Einzahlung für den gezahlten Betrag fort. Als Vorauszahlung gilt die Zahlung in barem Gelde, durch Banküberweisung oder durch Eingabe unverzinslicher Schatzanweisungen. Die Vorauszahlungen auf das Reichsnotopfer dürfen auch durch Eingabe der selbst gezeichneten Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und verzinslichen Schatzanweisungen der Kriessanleihen des Deutschen Reichs stattfinden. Viele Papiere werden zum Nennwert angenommen außer den 4 1/2 v. H. von Schuldverschreibungen der 4. und 5. Kriessanleihe, deren Annahme nur zum Werte von 96,50 auf je 100 Markt geschieht. Vorauszahlungen können bei der Reichsbankstelle in Lübeck und bei den Finanzkassen geleistet werden. Annahmestellen für Wertpapiere sind die Oberfinanzkassen in Schmetin, die Stadtkasse und das Finanzamt in Lübeck und die Hauptzollämter in Lübeck und Neudorferburg. Weitere Annahmestellen werden noch bekanntgegeben. Lübeck, den 3. Oktober 1920. (7995) Das Finanzamt.

Hotel Kronprinz, Schwartau. Morgen Mittwoch: (8008) Große Tanzmusik. Eintritt frei.

Dazu ladet freundlichst ein. Karl Wiaskirsen.

Konzerthaus Lübeck

Jeden (7888) Mittwoch Anf. 8 1/2 Uhr. Sonntag Anf. 4 1/2 Uhr.

Großer Ballabend

Sonnabend, den 16. Oktober: Großer Ball der Schuhmacher-Zwangs-Innung. Anfang 6 Uhr. (7999) Der Festausschuß.

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend Anfang 6 Uhr. (7987) Heinrich Ohde.

nr. 26 Danwartsgrube nr. 26

Zahle für Kaninchenfelle pro Stück Mk. 3.00—4.00. Hasenfelle pro Stück Mk. 7.00—10.00. Für sämtliche anderen Rohprodukte zahle höchste Tagespreise. R. Lissauer, Danwartsgrube 26. Bitte genau auf Straße und Nummer zu achten. (8011)

Kaufverpflichtung.

Der Rat an den Travebütern soll am 14. Oktober, 1 Uhr morgens, auf der Staatswerft öffentlich meistbietend verpachtet werden. Die Bedingungen liegen im Bauamt aus. (7988) Wasserbauamt II.

Die Freibadeanstalten

Wahltag, Finckenberg, Falkenwiese und Marien werden am Freitag, dem 8. d. Mts., geschlossen. (8001) Das Polizeiamt.

V. u. A. mit Bezirksführern.

Sitzung am Donnerstag, dem 14. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Vorstandssitzung 6 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Anna Steinfadt Karl Eneick

Verlobt. (7990) Schwartau, Herrenwyk, Oktober 1920. Allen Freunden, Bekannten u. Verwandten unteren herzlichst Dank f. die vielen Gratulationen u. Geschenke Friedrich Burkhardt u. Frau geb. Kloth, Willi Burkhardt, (1919) u. Frau geb. Bürkop.

Klara Steffen

Heute entließ ich mich länger, schwerer Krankheit unsere liebe Tochter und Schwester Klara Steffen im 25. Lebensjahre. In tiefer Trauer: Christian Steffen und Frau Mathilde geb. Svendsdatter, Walter u. Ingeborg. Trauerfeier: Donnerstag, d. 14. Okt., 3 Uhr 30, Kapelle Borwick. (8018) Lübeck, d. 9. Okt. 1920. Döhnerstr. 33.

Haus m. 6 2-Zim.-Wohn. z. verl.

1 Wohnung frei. (8009) 2 Fahräder billig z. verl. (8000) Heimgärten 41. Gebr. Seffel-Garnitur a. verl. Bülowstr. 10. p. I. (7998) Ein Gebr.-Anz. zu verl. (7997) Schwart. Allee 89 III. Gutes Sofa zu verkaufen. (8013) La. Lohbera 53.

Zu verl. Sammelmappe u. Sammelbüchlein.

beid. für Mädch. u. Schm. Damenmt. (8012) Radenburg, Mostr. 2.

Neuer Transport Perzel und Jagdzug

billig zu verkaufen. (8020) P. S. Iwe, Schönholzstr. 18.

Zur Mühle

Beckergrube 61. Großer Boden. Gerstengröße Pfd. 4.50. Gerstengraupen . 4.30. Maisgrös, gelb . 2.80. Sauerhasen . 3.20. Sago (7983) . 4.50.

Krankheiten

Wie veraltete Leiden sind oft heilbar durch moderne Heilmittel. Auskunft kostenlos. H. Frost, Rostock, Rosfelderstraße 2. Sprechstunden 9—10 und 2—3 Uhr. Inneres Frauenleiden und Rheumatismus hatte ich. War bei einem Arzt in Behandlung aber ohne Erfolg. Da wandte ich mich an Herrn Frost, der mich in kurzer Zeit heilte. Ich kann Herrn Frost bestens empfehlen. Dies bestätigt dankend (8004) Frau Göllnitz, Südring, Rostockerstr. 58. Nerven- u. Brustleiden wurde ich von Herrn Frost in sehr kurzer Zeit geheilt, was ich dankend bestätige. Kann Herrn Frost allen Leidenden warm empfehlen. (8005) Frau Sakrbier, Rostock, Schwannschtr. 5. I.

Gibt es ein Geschäft, welches ohne Profit arbeiten kann? Ja,

der Konsumverein,

denn seine Einrichtungen gehören sämtlichen Mitgliedern und was im Laufe des Jahres etwa zuviel bezahlt ist, muß am Schlusse des Jahres

den Mitgliedern wieder ausbezahlt werden.

Darum Verbraucher, Arbeiter, Angestellte u. Beamte, wer sich vor Ueberzahlung schützen will, der trete dem Konsumverein als Mitglied bei und melde

seine neuen Lebensmittelkarten

während der Zeit vom 13. bis 18. Oktober 1920 in dem Konsumverein an.

Der Vorstand des Konsumvereins für Lübeck u. Umgegend e. l. n. l. l.

Zahle für Hauskabelknoten Pfd. 80 Pig. Alt-Eisen, Metalle, Geschäftsbücher, Kunst-Papier

höchste Tagespreise. J. Lissauer, Schildstraße 5. (7992)

Familienabend des Gemeinvereins St. Matthaei nicht Mittwoch, den 18. sondern Freitag, den 22. Oktober. (7989)

Deutscher Transportarb.-Verb. Ortsverwaltung Lübeck. 8017

Berammlung

der Castarbeiter am Mittwoch, dem 13. Okt. abends 6 Uhr. im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Stellungnahme zum Lohnarbit.

Berammlung

der Kaufmannsarbeiter am Mittwoch, dem 13. Okt. abends 7 1/2 Uhr. im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Stellungnahme zum Lohnarbit. Die Ortsverwaltung. (7985)

Deutscher Schiffahrtsbund. 8108

Öffentliche Berammlung

Mittwoch, d. 13. Oktober, in den Zentralhallen aller im Schiffahrtsgewerbe tätigen Hand- und Kopfarbeiter aller Chargen. Referent: Herr Kapitän Gieseler, Hamburg.

Restaurant Weißer Engel

Verkegeln und Ausspielen von Gänsen, Enten, Pflütern usw. am Sonnabend, d. 16. und Sonntag, d. 17. Oktober. Hierzu ladet freundlichst ein G. Ketter. (8015)

Sil

macht die Wäsche frisch u. duftig. Bestes Wasch- und Bleichmittel. Reinigt und bleicht ohne Reiben, nur durch einmaliges 1/4 stündiges Kochen. Ein Paket kostet nur Mk. 2.— und reicht für 60—70 Ltr. Lauge. Überall käuflich. Henkel & Cie, Düsseldorf. Fabrikanten v. Henkel's Bleich-Soda. (8002)

Aufklärung!

Warum raten voreingenommene Aerzte und gewissenlose Ignoranten von der Anwendung des Rad-Jo zur Erzielung einer leichten und oft schmerzlosen Entbindung ab? — Aufklärende Schriften erhalten alle werdenden Mütter kostenlos und franco zugesandt. Eine ausführl. Broschüre gegen Einsendung von Mk. 2.— franko in Briefmarken oder Papiergeld. Die Wahrheit über das segensbringende Mittel Rad-Jo für werdende Mütter muß ans Licht kommen! (7994)

Rad-Jo-Versand-Gesellschaft

m. b. H., Hamburg, Radioposthof 16.



Schuhputz Erdal

Schuhputz gibts heute viel an Zahl, für mich gibts einen nur: Erdal. schwarz / gelb / braun / rotbraun. Alleinhersteller: Werner & Merz, Mainz.

100 Mk. Belohnung

zahle ich demjenigen, der mir nachweist, wer mit in der Nacht von Sonnabend bis Sonntag die Bohlen gekohlen hat; Länge von 4—5 m, Dicke 5 1/2 cm, Breite 30 cm. Verschwiegenheit zugesichert. (7991) W. Bruhn, Renfelle, Lindenstraße 39.

Kücknitz.

W. Dieckelmanns Gasthof Freitag, den 15. Oktober im renovierten Saal.

Gr. Herbstblumen-Ball.

Anfang 7 Uhr. (8021) Eintr.: Herr. 3.—, Dam. 1.50

Fledermans

Hansa-Theater

Heute 7 1/2 Uhr: (6. B. D.-Voll-Ab. — 3. B. Halb-Ab. Serie II) Zigeunerliebe.

Rom. Operette in 3 Akten von F. Lehár. (7994)

Mittwoch, 7 1/2 Uhr: (6. B. D.-Voll-Ab. — 3. B. Halb-Ab. Serie II) Zigeunerliebe.

Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Hurrah, ein Kind fiel vom Himmel. Schwant in 3 Akten.

Stadttheater Lübeck.

Dienstag, B. A. u. 5. B. I. O. N. Tiesland, Oper. 7 1/2 U. (8007)

Mittwoch, B. Bu. 5. B. I. O. N. Diana v. Barnhelm. 7 1/2 U. Donnerstag, B. A. u. 5. B. I. O. N. 3. legt. Male. Tartuff. 7 1/2 U. Freitag, B. B. u. 5. B. I. O. N. Rose Berndt. 7 Uhr.

Sozialdemokratische Frauenkonferenz in Kassel.

W. B. Kassel, 10. Oktober.

2. Tag.

Die Diskussion über die Referate wird fortgesetzt. Frau Sacke-Altenburg: In den kleineren Orten müssen Unterrichtsstunden eingelegt werden.

Dr. Knapp-Hamburg: Die Reichstagsfraktion hat beantragt einen Antrag auf

Straflosigkeit der künftigen Schwangerschaftsunterbrechung eingebracht. Leider haben die Parteigenossen noch recht wenig bisher Stellung dazu genommen.

Prof. Rüdiger-Kiel: Ich halte den Antrag Knapp sachlich für nicht sehr glücklich. Er bleibt hinter dem Antrag der Fraktion zurück, der auch die Straflosigkeit jener Frauen verlangt, die ohne Arzt abtreiben.

Frau Fischer-Frankfurt a. M. unterstützt den Antrag der Fraktion über Straflosigkeit der Abtreibung. Frau Wöhler-Gemüt-Ostpreußen: Wenn in Ostpreußen die Frauenorganisation im argen liegt, so tragen daran die Genossinnen in führenden Stellen in Ostpreußen ein gut Teil Schuld.

Die Frauen ist trotz der Revolution Theorie geblieben. Wir müssen die Frauen fest machen gegen Verführung durch radikale Phrasen. Warum wird von den Reichen nicht eine Wohlfahrtssteuer erhoben?

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Es folgen die Schlußworte.

Frau Noeh: Es freut mich, daß die Forderung nach weiblichen Parteisekretären so allgemein erhoben worden ist. Die Frauen der Gewerkschaften müssen mit den Frauen in der Partei und mit den in der Arbeiterwohlfahrtsbewegung tätigen Genossinnen besser als bisher zusammenarbeiten.

Nach dem Schlußwort der Referentin Frau Pfaff werden die Vorträge erledigt. Der Antrag, daß die uneheliche Mutterschaft für Beamtinnen keinen Entlassungsgrund und kein Hindernisgrund für Anstellungen sein darf, der Antrag, daß die Bestimmung des Demobilmachungskommissars aufgehoben wird, auf Grund deren arbeitende Frauen entlassen werden, die Anträge auf allgemeine Form des Rechts der ehelichen und unehelichen Kinder, auf sofortige Erteilung des Wahlrechtes an die Frauen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten sowie zur Angestelltenversicherung, auf gesetzliche Verbot der Findexarbeit und Reformen des Kinderschutzgesetzes, auf rechtsgesellschaftliche Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten, auf die Vertretung der Frauen im Reichswirtschaftsrat, die den Haushalt ohne fremde Hilfe führen, ferner die zahlreichen Anträge, die sich mit dem Problem der Abtreibung beschäftigen, werden der Reichstagsfraktion überwiesen.

Angenommen wird folgender Antrag: Der Parteivorstand wird aufgefordert, nach Möglichkeit in allen Agitationsbezirken neben den amtierenden Bezirkssekretären auch noch eine Genossin als Sekretärin anzustellen. Zur Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben werden von allen erhobenen Beiträgen 5 Prozent mehr als bisher an den Parteivorstand abgeführt.

Hierauf wird die sozialdemokratische Frauenkonferenz gegen 11 Uhr geschlossen.

Berammlung der Lübecker Bürgerchaft.

Lübeck, d. 11. Oktober 1920.

Der Vorsitzende verlas mehrere Eingaben an die Bürgerchaft. Zur Eingabe des Arbeitersekretariats auf Bewilligung der Delegationsstellen für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsstagung in Bamberg, hat der Senat Bedenken geäußert.

Jesus von Holthausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

16. Fortsetzung. Und als der Lehrer nun geendet und ans Fenster zurückgetreten war, bang und erwartungsvoll, was nun geschehen werde, da waren sie es, die in die Stille auf einmal mit ihren harten Händen aufeinander schlugen.

Seifehdorf für Herrn Behn in den Beirat zum Volksgemeinrat wurde kein Widerspruch erhoben.

Antrag 1: Schaffung von neuen Beamtenstellen bei der Amtspolizei wurde nach einer unwesentlichen Bemerkung von Pape (Dem.), auf die Senator Mehllein erwiderte, angenommen.

Antrag 2: Erweiterung der Feuerwache in der Hansstraße. — Seinson (Dem.) berichtete: Die Volksgemeinratkommission sei einstimmig zu dem Beschluß gekommen, dem Senatsantrage zuzustimmen.

Antrag 3: Außerordentliche Beihilfe an Arbeitslose. — G. Reinefeldt (Soz.) bemängelt, daß die Vorlage so spät eingebracht worden sei.

Antrag 5: Altersunterstützung für den Kreisbauwärters Hase wird nach einer kurzen Anfrage von Scheitherr (Dem.) und Wuls (Soz.), auf die Senator Dr. Vermehren und Senats Syndikus Dr. Geister erwiderte, angenommen.

Antrag 6: Altersunterstützung für den Küstermeister Koud und den Arbeiter Wulff wird, nachdem Neufeld (Dem.) den Wunsch geäußert hatte, derartige Wünsche zu sammeln und sie alle halbe Jahre der Bürgerchaft vorzulegen, worauf Dr. Geister erwiderte, daß die Antragsteller nicht solange warten könnten, angenommen.

Antrag 7: Nachbewilligung für die Senatskanzlei für das Rechnungsjahr 1919 wird ohne Debatte angenommen.

Antrag 8: Verlängerung der Amtsdauer der Richter des Gewerbegerichts wird mit einer von Schulmerich (Dem.) beantragten Wortlautänderung angenommen.

Antrag 9: Abänderung der Verordnung über die Erhebung eines Bräutigams für die Herrenbräute. Mohr (Dem.) stellte und begründete einen Antrag: Die Gebühren für Autos von 3 auf 2 Mk. herabzusetzen.

Antrag 10: Entwässerung von Bändereten zwischen der Söbner Straße und der Fieselerstraße sowie in Mändorf. — Heintz (M.) beantragt Überweisung an eine Kommission.

Antrag 11: Nachbewilligung für die Fortführung der Wirtschaftsjahr 1920 wird debattelos angenommen.

Jesus von Holthausen.

Die Bauern sahen sich um — wer war das! — der sprang ja mit ihrem Ja um, als habe er es schon in der Tasche. Ein unwilliges Gemurmel lief durch die Bänke.

Antrag 12: Verkauf des Grundstücks Hütertorallee Nr. 41 an den Maurermeister August Kojel. — Reimpell (Dem.) ist gegen die Annahme der Vorlage. Das große Grundstück sei mehr wert, als geboten sei. Ein höherer Preis müsse gezahlt werden, da auch noch ein zweites Haus mit zwei Wohnungen von je vier Zimmern dazu gehöre. Er stellte die Frage: Ob die Behörde das Grundstück nicht selbst zu Schulzwecken gebrauchen könne. Er halte das Haus und den Platz dafür geeignet. Mit der Einführung der Einheitsmiete würden viele Räume gebraucht werden. Redner stellte den Antrag auf Kommissionsberatung. — Senator Evers erklärte, daß man mit der Verpachtung des Hauses in der Biederstraße sofort gefahren sei. Wichtig sei, daß zwei Häuser vorhanden seien. Ein Umbau würde viel Geld kosten. Jetzt bringt das Grundstück wenig ein, daher möge man der Vorlage zustimmen. — Reimpell (Soz.) ist für Kommissionsberatung; doch müsse schnell ein Beschluß gefaßt werden. Es dürfe nicht vorkommen, daß die Mieter ein Haus lange Zeit vorher räumen müßten, bevor der Verkauf abgeschlossen sei. Der Käufer habe sich bereit erklärt, Wohnungen auf dem Grundstück zu bauen. Das sei zu begrüßen, denn Wohnungen müßten unbedingt geschaffen werden. Das zweite Haus sei mehr ein Schutzhaus und habe keinen hohen Wert. Hoffentlich würde schnelle Arbeit geleistet, damit es bald zum Wohnungsbau käme. — Wankle (Dem.) erklärte, man müsse in solchen Fällen Einräde früher geltend machen, da man sonst im letzten Augenblicke der Finanzbehörde das Geschäft erschwere. — Senator Evers widersetzte auf eine Anfrage von Frau Raubau (Dem.), das Rückkaufsrecht sei nicht vorzuziehen. — Pape (Dem.) betonte, von einer öffentlichen Ausschreibung des Verkaufs sei wenigstens etwas bekannt gewesen. Wahrscheinlich hätte man die Ausschreibung in den „Lübischen Anzeiger“ bekannt gemacht, die nicht von vielen Personen gelesen würde. Auf keinen Fall dürfe das Grundstück so billig verkauft werden. Eine Kommissionsberatung müsse erfolgen. — Senator Evers entgegnete: Der Verkauf sei allgemein bekannt gewesen, da sich zum Verkauf sehr viele Personen eingetragen hätten. — Reimpell (Dem.) hält gegenüber der Gesamtmeinung an seiner Auffassung fest, daß das Grundstück zu Schulzwecken geeignet sei. Der Staat dürfe Grundstücke nicht verkaufen, die er später vielleicht selbst gebrauchen und dann teuer bezahlen möchte. Ein Schutzhaus sei das zweite Gebäude nicht, da er Käufer auf das Erdgeschloß aufbauen wolle. — Reimpell (Soz.) betonte nochmals, das zweite Gebäude sei schlecht und kein Wohnraum wäre darin vorhanden. — Schermer (Soz.): Wenn man Holzparaden unter großem Aufwand zu Wohnungen errichtet, dann kann man gewiß dieses Haus ausbauen, da diese Wohnungen weit länger benutzbar sind. — Nachdem Pape (Dem.) die übergroße Bauausführung in Abrede gestellt hat, wird der Antrag auf Kommissionsberatung angenommen.

Antrag 13: Verklärung der Mittel für das Mietereinstellungsgesetz. — Red (Soz.) stimmt der Vorlage im allgemeinen zu. Die Wohnungsnot sei so groß, wie noch nie; zur Abhilfe müsse alles getan werden. Auf dem Mietereinstellungsgesetz beruht heute ganz unsere Existenz, die unbedingt beseitigt werden müßte. Schon vor der Nacht stellten sich die Wohnungsuchenden auf und warteten bis morgens, bis das Amt geöffnet werde. Wenn sie dann eine Wohnung erhalten, haben sie noch lange keine Wohnung. Wir sind zwei Fälle bekannt, daß Leute nach Stellen geschickt wurden, wo überhaupt keine Wohnung zu haben war. Solches erschwert die Leute und sollte nicht vorkommen. Wandel muß unbedingt geschaffen werden. Die Leute dürfen nicht die halbe Nacht auf der Straße stehen und warten. Wenn nur der gute Wille vorhanden ist, wird es möglich sein, diese Zustände zu beseitigen. In anderen Fällen könne es sonst auch hier zu Katastrophen kommen. — Kanik (DR.) bittet, bei der Wohnungsabgabe nicht zu verzögern. Einige Damen seien dadurch krank geworden. — Dr. Link führt die Mißstände am Wohnungsamt darauf zurück, weil die Bürgerchaft früher die Mittel für weitere Anstalten verweigert hätte. In Anbetracht der großen Wohnungsnot sei ein solches Vorgehen zur Beschaffung von Wohnungen nicht zu vermeiden. Sollten aber Uebergriffe vorgekommen sein, möge man das melden, damit Abhilfe getroffen werden könne. Red (Soz.) befragt die Mitglieder, daß die von ihm geäußerten Mißstände auf Ablehnung des früheren Antrages des Wohnungsamtes zurückzuführen sei. Es handle sich nur um die Ausführung, gegenüber Kanik müsse er bemerken, daß die Wohnungsuchenden viel schlimmer daran seien, als jene Leute, die von ihren großen Wohnungen einige Räume hergeben sollten. Diese Herrschaften seien etwas mehr Rücksicht auf die Notlage ihrer Mitmenschen zu lassen. — A. Löwigt (Soz.) ist erkannt, über die Neuorganisation Dr. Links, wonach die Bürgerchaft wegen der Ablehnung der Mittel für das Wohnungsamt die Schuld an den Mißständen tragen soll. Mangel an Leuten sei nicht vorhanden. Es handle aber zu bürokratischer Verfahren. In diesem Gebiet leide die ganze öffentliche Bewirtschaftung. Alles würde viel zu sehr dem grünen Tische ausbezahlt und nicht nach der Wirtschaftlichkeit beurteilt. Die Leitung des Wohnungsamtes, die Mißstände im Zusammenhang mit der Wohnungsgesetzgebung, die Mißstände gegen die Ablehnung des früheren Antrages einen Vorwurf zu machen. — Dr. Link erklärte, er habe der Bürgerchaft keinen Vorwurf machen wollen. Die Verhältnisse am Wohnungsamt seien verbesserungsbedürftig. Durch Bewilligung der Vorlage würde manches besser werden. — A. Pals (Soz.) wandte sich gegen Kanik. Schonendes Vorgehen sei nicht angebracht. Es handle sich um 13 Personen 13 Zimmer besitzen und sich weigerten, davon etwas abzugeben. — Kanik (DR.) verteidigt seine Ansicht. Bei den von ihm erwähnten Fällen handle es sich nicht um Ausbeitzer, sondern um Mieter. — Die Vorlage wurde angenommen.

Antrag 14: Weiterbeschäftigung von Parkwächern. — A. Evers (Dem.) empfiehlt die Anlagen dem Sinne des Publikums. Dieses könne oft Kinder und andere an der Zerstörung der Anlagen hindern. — Wolfradt (Soz.) ist für Weiterbeschäftigung der Parkwächter und fragt an, aus welchem Grunde man den Zerstörer und zerstörenden Händlern die Eingabe auf Ueberlassung eines Parkwächterpostens am alten Bahndamm abgelehnt habe. — Bauinspektor Salzer erwiderte: Man habe diesen Leuten den Platz an der Fadenburger Allee zur Verfügung gegeben. Der Platz am alten Bahndamm könne nicht hergegeben werden. — Wolfradt (Soz.) hält die Forderung der Händler für verständlich und verweist die Gründe für die Ablehnung der Eingabe der Händler. — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 15: Bewilligung eines Zuschusses für den Kauf von Ziegeln. — Wolfradt (Soz.) stellt die Anfrage, wieviel die Steine kosten. Wolfradt Salzer antwortet: Die Preise sind. — Ambrösius (Dem.) geht auf den Vertrag des Käseren ein. Er habe dem Senate keinen Vorwurf. Wenn der Marktpreis gedrückt werden solle, hätte man auch die auswärtige Konkurrenz nicht ausschalten dürfen. — Wolfradt (Soz.) betonte, man habe mit der letzten Ziegelei den Vertrag abgeschlossen. An anderen Ziegeleien seien billiger; diese müßten berücksichtigt werden. — Wankle (Dem.) ist nicht der Ansicht, daß die „Wankle-Ziegelei“ die teuerste Ziegelei sei. Sie habe in einem früheren Falle die Preissteigerung nicht mitemgemacht. Das wird von Salzer bestätigt. Dagegen bleibt Wolfradt bei seiner Behauptung, daß die „Wankle-Ziegelei“ mit den Steinen teurer als andere Ziegeleien sei. Nachdem noch einige Redner kurz dazu gesprochen hatten, wurde der Antrag auf Kommissionsberatung angenommen.

Antrag 16: Gewährung von Bankausleiher wird angenommen.

Antrag 17: Beschaffung von Baumaterialien wird auf Antrag Ambrösius dem Ausschuss für die Vorlage 15 überwiesen.

Antrag 18: Erneuerung des Feuerwehrturms der Lübecker Mauer. — Planhager (Soz.) kritisiert die Zustände in der Oberstadt am Hauptdamm. Es mangle nicht an Geldmitteln, sondern auch viel Mühe und Schwamm zeige sich bei der Arbeit. Der Senat möge prüfen, ob hier nicht Abhilfe möglich sei. — Danach Salzer vertritt Prüfung, worauf die Vorlage angenommen wurde.

Antrag 19: Nachbewilligung auf die Mittel für Wohnungsbauten. — Wird angenommen.

Antrag 20: Vergütung für Ueberkungen von Lehrern. — Schermer (Soz.) tritt für die Hilfslehrer ein, die erwartet hätten, daß sie auch 80 Prozent der Fixstangengebühren erhalten würden. Die Absicht der Bürgerchaft sei es feinerzeit gewesen, die schlechtbezahlten zu helfen. — Senator Kulenkamp stellte eine diesbezügliche Vorlage für die nächste Bürgerschaftssitzung in Aussicht. — Timmermann (Soz.) hätte gern gesehen, daß die Bürgerchaft für die in Frage kommenden Hilfskräfte eine Summe vorerst zur Verfügung gestellt hätte, um die Leute zu helfen. Die Angestellten brauchen notwendig das Geld. — Pape (Dem.) schnitt die Räteferien an, die er verurteilte. — Schermer (Soz.) bemerkte, daß die Lehrer die Verschiebung der Ferien nicht gewünscht hätten und dagegen waren. — Senator Kulenkamp erklärte, man habe dem Antrage der Oberschulbehörde aus Sparlingsgründen zugestimmt. Die Heizung koste dem Staate pro Tag fast 4000 Mark. — Die Vorlage wurde darauf angenommen.

Antrag 21: Erhöhung der Gebühren beim Schlachthof usw. — Wird angenommen.

Antrag 22: Verklärung der Mittel für das Allgemeine Krankenhaus werden ohne wesentliche Debatte angenommen.

Antrag 23: Kostgeldtarife der Heilanstalten. — Prof. Dr. Roth (Deutschn.) ging nach einer kurzen Besprechung der politischen und wirtschaftlichen Zustände auf den Achttundentag näher ein, der in den Heilanstalten schädlich gewirkt und große Unkosten verursacht habe. Das Personal sei bereit, länger zu arbeiten, leider lasse das Gesetz das nicht zu. Wenn die Schwestern nicht allezeit hilfsbereit gewesen wären, hätte es oft schlimmer um die Kranken gestanden. Das Personal sei im Laufe der Zeit verkleinert worden und sei bereit, länger als acht Stunden zu arbeiten. In den Heilanstalten hätte sich der Achttundentag keineswegs bewährt. Redner wies auf andere Städte, die die Arbeitszeit in den Heilanstalten zu verlängern planen. Mit der Erhöhung der Gebühren sei eine Abwanderung in die niedrigeren Klassen möglich. Er beantragte, wegen der Kürze der Zeit die Vorlage nicht am 15. Oktober, sondern am 1. November in Kraft treten zu lassen. — A. Löwigt (Soz.) wies die Ausführungen von Prof. Roth bezüglich des Achttundentages entschieden zurück. Wenn nach der Ansicht des Vorredners das Volk auch körperlich krank sei, so könne es nicht noch länger als acht Stunden arbeiten. Ueberhaupt sei schon mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit jede Arbeitszeiterhöhung unmöglich. Die erhöhten Unkosten seien weniger durch den Achttundentag als durch die hohen Lebensmittelpreise verursacht. Solche Gesetgebung, wie der Vorredner gewünscht habe, könne niemals eingeführt werden. — Prof. Dr. Roth entgegnete, er halte den Achttundentag dort für berechtigt, wo schwer gearbeitet würde, nicht aber in Krankenhäusern. Die hohen Löhne seien Schuld an den hohen Lebensmittelpreisen. (Gelächter und Widerspruch bei den Soz.) — Die Vorlage wird angenommen.

Antrag 24: Erhöhung der Gewerbesteuer. — Thiel (Dem.) ging in längeren Ausführungen auf die Vorlage und auf das Gutachten der Gewerbesteuern ein und beantragte zum Schluß Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission. — Der Antrag wurde von Jaekst (Soz.) und anderen unterstüßt, worauf er angenommen wurde.

Antrag 25: Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbsteuer. — Wird angenommen.

Antrag 26: Eintrag eines Gesetzes über die öffentlichen Feuerungsverordnungen fand mit einer geringfügigen Aenderung Annahme.
Ende 9 Uhr 40 Min.

Die Zerstörung der Dieselmotore.
Ueber die unerhörte Zerstörung der Entente, daß sämtliche in Deutschland laufenden Dieselmotore zerstört werden müßten; hat der Reichswirtschaftsrat eine Denkschrift ausgearbeitet. Die Arbeiterverbände, Fabrikanten und Verbraucher nahmen im Ministerium dazu Stellung. Es wurde ausgeführt, daß nicht nur die Dieselmotorenfabriken mit Arbeitslosigkeit bedroht seien, sondern auch z. B. die städtischen Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Eisenbahnreparaturwerkstätten, Werften, Gummi-, Porzellan-, Textilfabriken und Landwirtschaft stünden vor erschütternden Tatsachen, wenn die Entente ihren Beschluß durchsetze. Der Treiböl-Dieselmotor sei vielerorts die einzige Rettung vor weiterer Betriebsstilllegung und Arbeiterentlassung. Die Regierung würde sich vor Schadenersatzansprüchen von mehreren Milliarden Mark gestellt sehen, wenn die schnelllaufenden Dieselmotoren abgebaut und zerstört werden müßten. Die bayerische Regierung ist der Entente den Vorschlag gemacht, daß die Dieselmotoren, die in der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg hergestellt wurden, katalogisiert, d. h. mit Nummern versehen werden und daß darüber Buch geführt wird, wo sie untergebracht sind. Auf diese Weise ist der Entente die Gewähr gegeben, daß keiner der Dieselmotoren, wie sie beabsichtigt, zu Schiffbauzwecken verwendet wird.

Die Friedensdenkschrift des Kronprinzen.
Ein Dokument gegen die Alldeutschen.
Major a. D. Anker, ehemaliger Nachrichtenoffizier der O. S. L. bei der Heeresgruppe Kronprinz, veröffentlicht in der von ihm herausgegebenen „Militärpolitischen Korrespondenz“ den vollen Wortlaut der Eingabe, die der ehemalige Kronprinz im Sommer 1917 an seinen Vater, die O. S. L. und den Reichskanzler sandte. Diese Denkschrift ist aus dem Grunde interessant, weil sie aus genau den gleichen Erwägungen und Motiven den Verständigungsfrieden empfiehlt, aus denen er damals von der Reichstagsmehrheit in der bekannten Resolution gefordert wurde. Die Denkschrift schlägt zunächst vor, genaue Aufklärung über die wirkliche Lage, den Vorrat an Rohmaterial, Kohle, Nahrungsmitteln, über die Transportmittel usw. zu schaffen. Aber damit ist die Bilanz noch nicht geendet.
Wir müssen auch den moralischen Wert noch einsehen, die Stimmung unseres Volkes, und bei ihrer Prüfung wird es sich voraussichtlich ergeben, ja man kann wohl „gewiß“ sagen, daß die Friedensdenkschrift in den weiteren Schichten der Bevölkerung eine recht starke Wirkung hat.
Die ungeheuren Blutopfer des nunmehr drei Jahre andauernden Krieges, die fast ausnahmslos jedes deutsche Haus und jede deutsche Familie in Tränen versetzt haben, die Ansicht, daß neue schwere Verluste an kostbaren Menschenleben zu erwarten seien, die Gemüthsdepression, die durch Entbehrung aller Art und jeder Art erzeugt und genährt wird, die Ernährungs- und Kohlennot, alles dies zusammengenommen hat eine Unlust in weiten Volksschichten, und zwar nicht etwa nur sozialdemokratischen, erzeugt, die für die Fortführung des Kampfes ebenso erspörend ist, wie sie jetzt auf den monarchischen Geistes wirkt hat. Rechnet man hinzu, daß die bestimmte Hoffnung auf schnelle Beendigung des U-Boot-Krieges sich nicht erfüllt hat, so wird man sich über die ernstlichen Stimmungen kaum wundern dürfen.
Ein Vergleich zwischen unsern Rednern und denen der Feinde führt den Kronprinzen zu dem Resultat, daß ein Vergleich beider Stimmungen, der uneren und der gemäßigten, kaum zu uneren

Gunsten ausschlagen wird. Daraus zieht der Kronprinz die Folgerung:
„Die natürliche Folge davon ist, daß selbst im besten Falle an eine Offensive nicht mehr gedacht werden darf, sondern nur an ein mögliches Halten der Stellung bei intensiver Fortführung des U-Boot-Krieges für eine gewisse Zeit.“
Ist sie verstrichen und keine Hoffnung auf Beendigung des Kampfes eingetreten, so müssen wir den Frieden suchen, den unsere Diplomatie in der Zwischenzeit schon vorzubereiten hat.
Beachtenswert sind auch folgende Sätze am Schlusse der Denkschrift:
Die No wird bei uns steigen, die Auffüllung der Mannschafreserven bei uns von Tag zu Tag schwieriger werden. Es handelt sich heute um die Erhaltung der Dynastie (Wah!), um den Bestand des Deutschen Reiches und das Fortbestehen des deutschen Volkes. Diktieren unsere Gegner den Frieden, dann ist der letzte Buchstabe höhenzollener, preussischer und deutscher Geschichte mit dem gleichen Federstrich geschrieben. Dazu darf es nicht kommen und daher ist es unsere Pflicht, wenn es sein muß, auch auf einen Verständigungsfrieden einzugehen. Ein solcher bringt uns zwar eine Enttäuschung, aber eine unerlöste Verlängerung des Krieges könnte uns im Frühjahr 1918 allein, ohne Bundesgenossen, nach dreieinhalb Kriegsjahren aus schweren Wunden blutend der ganzen Welt gegenüber sehen, uns mit Vernichtung bedrohen. Eins steht fest: Behaupten wir uns in diesem Kriege, so sind wir tatsächlich die Sieger, weil wir gegen die ganze Welt gekämpft haben, ohne vernichtet zu werden.
Der Kronprinz war einst der Abgott der Alldeutschen, seine Gesinnung hat er wohl während des Krieges kaum geändert. Seine Denkschrift zeigt, wie selbst ein Mann alldeutscher Gesinnung bei Verantwortungsfreud zum Verständigungsfrieden gelangen mußte. Sie stempelt jene Alldeutschen Ludendorffscher Couleur, die in blinder Eifer alle Warnungen in den Wind schlugen, zu den größten Verbrechern am deutschen Volke, die es je gegeben.

Arbeiterbewegung.
Unveränderte Lage im Berliner Zeitungstreik. Im Berliner Zeitungstreik ist bisher keine Veränderung eingetreten. Es ist in den letzten Tagen beobachtet worden, daß die Sicherheitspolizei scharfer als bisher gegen die Streikposten vorgeht. Am Montag sind 4 Streikposten auf Veranlassung eines Leutnants der Sicherheitswehr vor dem Geschäftstotal der „Täglichen Rundschau“ festgenommen worden. Die Zentralstreikleitung hat sofort die nötigen Schritte unternommen, um diese Verhaftungen rückgängig zu machen. In einer erneuten Versammlung am Montag wurde nochmals der feste Wille zum Durchhalten bis zum endgültigen Siege betont.
Die sächsischen Gemeindefabrikanten sind in den Streik getreten. Chemnitz ist ohne Gas und Elektrizität. Die Verzehrschaft hat eine Kundgebung an die Streikleitung und an den Rat der Stadt erlassen, worin sie darauf hinweist, daß durch das Abschneiden von Wasser und Licht die Menschen gefährdet seien. Operationen könnten nicht ausgeführt werden. Die Verzehrschaft erklärt, wenn bis Montag mittag die lebenswichtigen Betriebe nicht wieder in Betrieb gesetzt seien, sie sich erzwungen sehe, ihre Tätigkeit einzustellen und jeden Fall von Gesundheitschädigung durch den Streik zur Anzeige bringen werde. Auch die Leipziger Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke streiken. Die Versorgung Leipzigs mit Gas und Elektrizität hat völlig aufgehört, nur wenige Straßenbahnen verkehren noch. Ebenso sind die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke in Dresden ausständig. Die städtische Straßenbahn stellte den Betrieb ein. Die Gasarbeiter haben sich der Bewegung angeschlossen. Notstandsarbeiten werden von den Arbeitern verrichtet.

Reich und Ausland.
Ueberflutungen in Südrankreich. Der ununterbrochen niedergehende Regen der letzten Tage verursachte im Süden Frankreichs große Ueberflutungen, die in den Gärten und Feldern bedeutenden Schaden anrichteten. Die Garonne und ihre Nebenflüsse sind aus den Ufern getreten. Die in den Häusern gefährdeten Bewohner flüchteten in die Gemenen. Millau mußte teilweise geräumt werden. In Albi sind drei Gebäude eingestürzt. Zwei Frauen kamen um; mehrere Bewohner werden vermisst. In Corceze und Aveyron sind ähnliche Ueberflutungen zu befürchten.
Ueber ein weiteres Eisenbahnunglück wird aus Paris gemeldet: Der Personenzug Paris-Argenteuil und der Zug Argenteuil-Paris fuhren am Montagmittag bei Meeres aneinander. Ungefähr 30 Reisende wurden verwundet. Der Maschinen des ausgefahrenen Zuges erklärte, daß die Bremsen nicht funktionierten.
Chinesische Ausschreitungen gegen Japaner. Ueber London wird berichtet: 400 berittene Banditen, darunter auch Russen, griffen am 2. Oktober Jun-Whong in der Mandchurie an. Das japanische Konsulat wurde verbrannt und 14 japanische Polizisten, darunter der Polizeiinspektor, getötet. 24 Japaner wurden ermordet. In Jun-Whong ist eine Panik ausgebrochen. Die Einwohner suchen außerhalb der Stadt-Zustucht. Japanische Wachabteilungen von Korea wurden abgefordert, um die Ordnung wieder herzustellen.

Devisen-Kurze.
Hamburg, 11. Oktober.
Ämliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		11. Okt.	9. Okt.
Holland	100 fl.	2082 1/2	1995
Kopenhagen	100 Kr.	932 1/2	900
Stockholm	100 Kr.	1802 1/2	1275
Kristiania	100 Kr.	917 1/2	892 1/2
Helsingfors	100 Finn. Mk.	187 1/2	180
Schweiz	100 Frs.	1047 1/2	1025
Wien (alt)	100 Kr.	—	—
do. (neu)	100 Kr.	24 1/4	23 1/2
Budapest	100 Kr.	—	—
Brag	100 Kr.	83 1/2	88
Spanien	100 Pesetas	967 1/2	947 1/2
London	1 £	232 1/4	225
Paris	100 Frs.	442	430
Belgien	100 Frs.	463 1/2	453 1/2
Italien	100 Lire	275	265
Buforess	100 Sp.	—	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.		66 1/2	64 1/2
do. briefl. Ausz. od. Scheck		66 1/2	64 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.
Dampfer Segler Schiffname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Std.

Angelommen am 11. Oktober.				
D.	Schluter	Weller	von See	16
S.	Enomiter	Frieberg	Sonderburg	18
D.	Germa	Sonderfeldt	Ogeldorfund	6
E.	Elg	Radmer		6
E.	Elgrid	Brauer		6
D.	Holland	Holmen	Albo	6
D.	Bredom	Fug	Stenen	1